

## Region

## Schulraum weiterhin dringend gesucht

**Biel** Der Bieler Stadtrat hat dem Gemeinderat eine Abfuhr erteilt: Er hat über den Kauf einer ehemaligen Fabrik, um darin eine Schule einzurichten, nicht einmal diskutiert. Das ist eine Ohrfeige für die Stadtregierung – und stellt den Bildungsdirektor vor Probleme.

Lino Schaeren

Die Stadt Biel wird die ehemalige Fabrik am Grillenweg 4 nicht kaufen und in eine Schule umbauen. Das hat der Stadtrat gestern indirekt beschlossen, als er nicht einmal über das Geschäft diskutieren wollte. Wobei, eine Mehrheit hätte das eigentlich schon gewollt. Nur reichte das diesmal nicht: Da der Gemeinderat den Kredit über 2,6 Millionen Franken erst vor einer Woche nachträglich auf die Traktandenliste setzte, war eine Zweidrittelmehrheit nötig, damit das Parlament überhaupt auf das Geschäft eintritt. Diese Hürde wurde mit 35 Ja- bei 20 Nein-Stimmen klar verfehlt. Das Votum ist eine regelrechte Watsche für den Gemeinderat, der für sein Vorgehen harsch kritisiert wurde.

Doch der Reihe nach: Die Victorinox AG wollte die Liegenschaft am Grillenweg 4 seit 2017 verkaufen, die auf einem Grundstück der Stadt Biel steht. Als potenzielle Käuferin wurde die gemeinnützige Stiftung L'étrive gefunden, die in dem Gebäude ihre Behindertenwerkstatt installieren und ausbauen wollte. Über ein Jahr hat die Stiftung verhandelt, mit Victorinox, aber auch mit dem Kanton Bern sowie der Bank wegen der Finanzierung. Und: Mit der Stadt wurde über die Übernahme des laufenden Bauvertrags diskutiert. Am Schluss waren sich alle einig – bis die Stadt Anfang Juni 2019 plötzlich Eigenbedarf anmeldete. L'étrive unterschrieb den Kaufvertrag mit Victorinox trotzdem, weshalb der Gemeinderat von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch machen wollte. Dieses ist nur vier Monate gültig, läuft also am 17. Oktober aus. Um dem zuvorkommen zu können, hätte der Stadtrat den entsprechenden Kredit für den Kauf der Immobilie gestern sprechen müssen.

**SVP führt Widerstand an**

Das Vorgehen des Gemeinderats hat niemandem im Stadtrat gepasst, das wurde schnell klar, als darüber debattiert wurde, ob die beantragte Dringlichkeit durch die Stadtregierung tatsächlich gegeben ist. Von einem «Aufsetzen der Pistole auf die Brust» (Christoph Grupp, Grüne) war die Rede, GLP-Fraktionschef Max Wiher zeigte sich «schockiert wie die meisten hier» über die Hintergründe des Geschäfts, der FDP-Vorsitzende Bernhard Leuenberger sagte, der Freisinn sei «masslos verärgert» und Thomas Brunner von der EVP hielt fest: «Wenn der Gemeinderat dieses Geschäft durchdrückt, kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass hier gegen Treu und Glauben verstossen wurde.»



**Durchmischte Demonstration:** Vertreter der Stiftung L'étrive und Klimastreikende vereinten sich gestern vor der Burg. AIMÉ EHI

Trotzdem wollten die Fraktionen Grüne, SP, GLP und eine Mehrheit des Freisinns auf das Geschäft eintreten.

Die Argumentation: Es sei undemokratisch, wenn ein Drittel der Anwesenden über ein Projekt entscheiden könne. Es müsse ein tatsächlicher Mehrheitsentscheid her. Das empfand auch Leonhard

Cadetg (FDP) so, der seine erste Sitzung als Stadtratspräsident leitete. Ungeohnt für den Leiter der Parlamentssitzungen gab auch er gleich zu Beginn einen wertenden Kommentar ab: «Es ist

nichts als fair, dass wir normale Bedingungen schaffen für dieses Geschäft», sagte Cadetg.

Gewonnen hat aber eine Minderheit, angeführt von der SVP, die zusammen mit der Fraktion Einfach libres geschlossen gegen das Eintreten auf das Geschäft stimmte. Unterstützt wurden sie von einzelnen Abweichlern von FDP und SP. Die Minderheit, die ausnahmsweise die Abstimmung gewann, wollte damit «ein Zeichen setzen, dass wir die Gangart des Gemeinderats nicht akzeptieren», wie SVP-Fraktionspräsidentin Sandra Schneider sagte. Die Gewinner der Abstimmung verhinderten, dass inhaltlich über das Geschäft diskutiert wurde – und dass sich der Gemeinderat hätte rechtfertigen müssen. So blieben die Vorwürfe vage und im leeren Raum hängen: Von einer ungenügenden Kommunikation unter den Gemeinderatsdirektionen war die Rede, von fehlender Weitsicht und Vision. Und die Frage blieb unbeantwortet: Wieso ist die Stadt nicht früher aktiv geworden, wieso das Geschäft nicht bereits im August oder zumindest ordentlich im September traktandiert?

**Vertreter der Stiftung jubeln**

Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR) zeigte sich enttäuscht über das Ergebnis. Sie wollte das Votum des Parlaments aber nicht kommentieren: «Ich interpretiere den Entscheid des Stadtrats nicht.» Auch Fragen, ob der Gemeinderat im abgewiesenen Geschäft Fehler gemacht habe, wollte sie nicht kommentieren. «Wir hätten uns gerne die Vorwürfe angehört und diese kommentiert. Doch das hat der Stadtrat verhindert», sagte Steidle.

Etwas offener kommunizierte Bildungsdirektor Cédric Némitz (PSR), der sich nun in aller Eile erneut auf die Suche nach neuem Schulraum machen muss. Er möchte zum Beispiel, dass Steidle eine Kirche für ihn kauft: Im Victorinox-Gebäude hätten bereits im kommenden August die ersten Klassen eröffnet werden sollen. Némitz hielt fest: «Der Austausch unter den verschiedenen städtischen Abteilungen hat nicht optimal funktioniert. Da müssen wir über die Bücher.»

Freude hatten hingegen die auf der Zuschauertribüne anwesenden Vertreter der Stiftung L'étrive: Sie bekundeten lautstark ihre Freude, fielen sich in die Arme. Das Vorkaufsrecht der Stadt wird nun am 17. Oktober ungenutzt auslaufen, die Stiftung wird die ehemalige Fabrik wie geplant kaufen und beziehen können.

## Biel ruft Klimanotstand aus

Gut 100 Minuten hat der Bieler Stadtrat gestern Abend darüber debattiert, ob die Stadt den symbolischen Klimanotstand ausrufen soll. Gefordert hat dies eine überparteiliche Motion von Juso, SP und Grünen, die mit der Ausrufung auch das Engagement der Klimastreikbewegung honorieren wollen: Der Klimanotstand ist eine der zentralen Forderungen des Klimastreiks. Unterstützt wurden die Motionärinnen und Motionäre auch vom Gemeinderat: Die Stadtregierung zeigte sich in ihrer Antwort auf den Vorstoss bereit, den Klimawandel als existenzbedrohende Krise anzuerkennen und die Bevölkerung entsprechend zu informieren und zu sensibilisieren. Bau-, Energie- und Umweltdirektorin Barbara Schwickert (Grüne) verwies gestern im Rat darauf, dass inzwi-

schon bereits rund 1000 Städte in 17 Ländern den Notstand ausgerufen haben, so auch etliche in der Schweiz. Frankreich hat als Land den Klimanotstand verhängt. «Die Klimabewegung ist eine Bewegung, die Boden findet und wächst und dadurch mehr Wirkung entfalten kann», so Schwickert.

Widerstand gegen den Klimanotstand, kam von bürgerlicher Seite. FDP und SVP lehnten die Motion ab, «wir widersetzen uns diesem symbolischen Akt und wollen stattdessen lieber über konkrete Massnahmen reden», sagte etwa Peter Bohnenblust (FDP). Anders als die SVP zeigte sich der Freisinn gegenüber einem Klimareglement offen, das klare Ziele bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen auf Stadtebene setzt. Dieses wurde gestern

nicht mehr diskutiert und auf die Oktobersitzung verschoben. SVP-Sprecher Olivier Waechter hingegen verwies darauf, dass Biel als kleine Stadt in dieser Welt sowieso nichts ausrichten könne und Parteikollege Martin Scherrer schob nach, dass «Panikmache und das Herbeireden des Weltuntergangs alles andere als zielführend» sei. Levin Koller (Juso) erwiderte, dass es sich bei den Anstrengungen, den Klimawandel einzudämmen, keinesfalls um eine Hysterie, sondern «um ein Gebot der Vernunft» handle. Der Stadtrat folgte letztlich den Motionären und dem Gemeinderat und rief mit 33 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Klimanotstand aus.

Die Klimajugend auf der Tribüne und Teile des Saals reagierten mit Applaus. lsg

Reklame

**LP**  
**LÜTHI & PORTMANN**  
FLEISCHWAREN AG

Direktverkauf in Biel-Bienne, Geisriedweg 1, 2504 Biel/Bienne  
Deisswil, Lyssstrasse 14b, 3053 Deisswil b. Münchenbuchsee

**Bekannt für Qualität zu Top-Preisen!**

Profitieren Sie von unseren laufenden wöchentlichen Sonderangeboten rund ums Fleisch.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch**

**GUTSCHEIN**

Einlösbar in Biel, Geisriedweg 1, 2504 Biel-Bienne  
Deisswil, Lyssstrasse 14b, 3053 Deisswil b. Münchenbuchsee  
Ab einem Einkauf in Wert von CHF 50.- erhalten Sie

**CHF 10.-**

Reduktion auf allen Fleischwaren  
Gutschein ist nicht kumulierbar, gültig bis Ende Dezember 2019

7 610249 000001

## Schiessanlage hat schweren Stand

**Nidau Zu teuer:** Der Nidauer Stadtrat will zwar den Kugelfang der Schiessanlage Spärs in Port sanieren lassen. Ein neues Schützenhaus soll die Gemeinde jedoch nicht mitfinanzieren.

Die Schiessanlage Spärs in Port wurde in den 60er-Jahren von den drei Gemeinden Brügg, Nidau und Port gebaut und wird bis heute von ihnen gemeinsam unterhalten. Das Schützenhaus ist nun aber langsam aber sicher in die Jahre gekommen und in einem desolaten Zustand. Hinzu kommt, dass der Kugelfang von Altlasten saniert werden muss (das BT berichtete).

Gestern hat der Nidauer Stadtrat über einen Investitionskredit in der Höhe von 3,4 Millionen Franken abgestimmt. Geplant wäre gewesen, dass sich die drei Gemeinden nach einem bestimm-

ten Verteilschlüssel die Kosten für die neue Schiessanlage teilen.

**Kugelfang wird saniert**

Wäre, denn der Stadtrat hat das Projekt bachab geschickt. Konkret hat das Parlament einen Antrag der Fraktion EVP/Grüne angenommen, wonach das Geschäft zweigeteilt werden muss: erstens in die Altlastensanierung (1,075 Millionen Franken) und zweitens in das neue Schützenhaus und die Schiessanlage (2,325 Millionen Franken). Ersteres war unbestritten, alle Stadträte waren sich einig, dass der mit Blei und anderen Schadstoffen belastete Boden bis Ende 2020 saniert werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nämlich vom Bund eine Kostenbeteiligung zu erwarten.

Der geplante Holzbau und die neue Schiessanlage erachten die Stadträte dann aber als zu

teuer – und zwar von links bis rechts, ungeachtet der Parteizugehörigkeit. «Wir sind nicht gegen die Schützen. Aber man sollte abklären, ob es nicht eine günstigere und bessere Alternative gäbe», sagte Oliver Grob (SVP).

Bettina Bongard (SP) plädierte dafür, eine externe Lösung zu suchen, damit die Schützen anderswo ihr Obligatorisches Schiessen absolvieren können. «So hohe Investitionen sollten dort getätigt werden, wo möglichst viele Nidauer einen Nutzen davon haben. Zum Beispiel bei den Schulhäusern – das sind Projekte, die Priorität haben.»

**«Nicht Aufgabe der Gemeinde»**  
Der Verteilschlüssel, wonach Nidau die Hälfte, Port ein Sechstel und Brügg ein Drittel der Kosten übernimmt, stammt aus der Erstellungszeit der Anlage. Er

wurde damals aufgrund der Einwohnerzahlen so festgelegt. Da sich diese verändert haben, müsse auch der Schlüssel neu ausgehandelt werden, sagte Susanne Schneiter Marti (FDP). Brigitte Inhelder Deschwanden (SP) war zudem der Ansicht, dass der Neubau eines Schützenhauses grundsätzlich nicht Aufgabe der Gemeinde sei. «Kein anderer Verein in Nidau erhält so viel Geld.»

Schliesslich stimmten 27 Stadträte gegen den Kredit für Schützenhaus und Schiessanlage. Ein Rückschlag für die Mitglieder des Schützenvereins VSG Spärs Port, die auf ein neues Heim gehofft hatten. Nun ist es an den drei Gemeinden, das Projekt neu auszuhandeln. Carmen Stalder

Mehr zur Schiessanlage Spärs finden Sie unter [www.bielertagblatt.ch/spärs](http://www.bielertagblatt.ch/spärs)